

Antrag 50/I/2021
AG Migration und Vielfalt Bran-
denburg

Der/Die Landesparteitag möge
beschließen:

Empfehlung der Antragskom-
mission
Annahme (Konsens)

Erhalt und Verstetigung des Integrationsbudgets

1 In den vergangenen zwei Mona-
2 ten ist die Prognose des Innenmi-
3 nisteriums (MIK) für die Zuwan-
4 derung nach Brandenburg von
5 2.000 auf 5.000+ im Jahr 2021 ge-
6 stiegen (ohne Aussicht auf Abfla-
7 chung für 2022). Diese Einschät-
8 zung bezieht sich auf die Sekun-
9 därmigration aus Griechenland
10 über den BER seit April 2021, die
11 gezielten Schleusungen des be-
12 larussischen Regimes von Luka-
13 schenko über Weißrussland und
14 Polen seit August 2021 sowie
15 die Aufnahme von afghanischen
16 Ortskräften, Menschenrechtsak-
17 tivist*innen und Familienangehö-
18 rigen. Gleichzeitig sieht der Haus-
19 haltsentwurf des von der grü-
20 nen Ministerin Frau Dr. Nonne-
21 macher geführten Gesundheits-
22 ministeriums (MSGIV) eine Kür-
23 zung der Migrationssozialarbeit
24 II auf 66 % und eine Total-
25 Streichung des Integrationsbud-
26 gets für die Landkreise auf null
27 vor. Bei der Debatte über die ge-

28 nannte Thematik wurde deutlich,
29 dass sich das SPD-geführte Fi-
30 nanzministerium (MdFE) und das
31 Grün-geführte MSGIV gegenseitig
32 für die anstehenden Streichun-
33 gen und Kürzungen verantwort-
34 lich machen. Angesichts der stei-
35 genden Migrationszahlen nach
36 Brandenburg wird ein Hin- und
37 Herschieben der politischen Ver-
38 antwortlichkeiten dem Ernst der
39 Lage allerdings nicht gerecht. Um
40 zu verhindern, dass die Men-
41 schen, die dieses Jahr nach Bran-
42 denburg gekommen sind oder
43 noch kommen, zurückgelassen
44 werden, fordern wir die Lan-
45 desregierung auf, sich gemein-
46 sam für den Erhalt sowie ei-
47 ne Verstetigung des Integrations-
48 budgets einzusetzen. Integrati-
49 onsarbeit zahlt sich aus durch
50 ein besseres und friedlicheres ge-
51 sellschaftliches Miteinander. Sie
52 ist aber eine langfristige Aufga-
53 be, die nur gelingen kann, wenn
54 dauerhaft die nötigen Ressour-
55 cen gesichert sind. Deshalb for-
56 dern wir die SPD geführte Lan-
57 desregierung auf, auch im nächs-
58 ten Haushalt ausreichende Mit-
59 tel für das Integrationsbudget be-
60 reitzustellen.

61

62 Begründung

63 Obwohl ein Großteil der auf das
64 Land zukommenden Personen-
65 gruppen nicht asylberechtigt
66 sind, ist davon auszugehen, dass
67 nicht anerkannte Flüchtlinge (von
68 Ausnahmefällen abgesehen) auf
69 lange Sicht weder in den Irak
70 noch nach Afghanistan rück-
71 führbar sind. Eine Überstellung
72 von Sekundärmigranten nach
73 Griechenland erscheint derzeit
74 als kaum durchführbar, da das
75 BAMF in Absprache mit dem
76 BMI die Entscheidung über die
77 Asylanträge der in Griechenland
78 anerkannten Schutzberechtigten
79 zurückstellt. Zudem haben das
80 OVG Münster und das OVG Lüne-
81 burg die Rücküberstellungen
82 der genannten Personengruppe
83 nach Griechenland aufgrund der
84 mangelnden Versorgungslage
85 vor Ort für unzulässig erklärt.

86 Da die MSA II lediglich für an-
87 erkannte Geflüchtete verwendet
88 werden kann, ist das Integrati-
89 onsbudget der einzige, freier ge-
90 staltbare Topf (neben der Migra-
91 tionssozialarbeit im Heim), der
92 für die Finanzierung von Leis-
93 tungen für die genannten Perso-
94 nengruppen verwendet werden
95 kann. Es wird abhängig von der

96 Zahl der Geflüchteten den Land-
97 kreisen und kreisfreien Städten
98 zur Verfügung gestellt und ist
99 somit das alleinige Budget, das
100 in der Fläche des Landes Bran-
101 denburg bedarfsgenau verwen-
102 det werden kann. In den vergan-
103 genen Jahren sind hochsinnhaf-
104 te und hocheffektive Projekte ins
105 Leben gerufen worden (z.B. an
106 sog. „Brennpunktschulen“, Azubi-
107 Unterstützung...). Wir verweisen
108 hierbei auf den Brief der Landes-
109 arbeitsgemeinschaft der kommu-
110 nalen Integrations-, Migrations-
111 und Ausländerbeauftragten des
112 Landes Brandenburg im Anhang.
113 Die Integration von zugewander-
114 ten Menschen ist durch das ho-
115 he Engagement der Sozial- und
116 Wohlfahrtverbände sowie kluger
117 institutioneller Unterstützung in
118 den letzten fünf Jahren respek-
119 tabel gelungen. Brandenburg ist
120 kein Schauplatz von größeren
121 negativen Ereignissen gewesen.
122 Auch deshalb konnte die AfD mit
123 diesem Thema in Brandenburg
124 keinen weiteren Boden gewin-
125 nen. Die geräuschlose Integrati-
126 on der vergangenen Jahre ver-
127 danken wir somit auch dem pass-
128 genauen Einsatz des Integrati-
129 onsbudgets, das nun abgeschafft

130 werden soll.

131 Den meisten PolitikerInnen und
132 „Laien“ ist nicht bewusst, dass die
133 überwiegende Mehrheit der neu
134 ankommenden Geflüchteten kei-
135 ne Deutsch-Kurse mehr erhält.
136 (Durch die BAMF-Verordnung von
137 August 2019 haben mehrere tau-
138 send geflüchtete Menschen in
139 Brandenburg keinen Anspruch
140 mehr auf einen Deutsch-Kurs).
141 Wir als AG befürchten, dass Men-
142 schen, die dauerhaft keine Chan-
143 ce haben, Deutsch zu lernen und
144 dadurch auch keine Chance auf
145 Arbeit und Teilhabe bekommen,
146 für uns in der Fläche zum Pro-
147 blem werden. Es ist besser, gleich
148 in eine gute Integration zu inves-
149 tieren, als später die Folgen von
150 Gewalt und Extremismus teuer
151 bezahlen zu müssen. Dass die
152 Staatskanzlei beim Bündnis für
153 Brandenburg weitere 360.000 Eu-
154 ro kürzen will, zeigt, dass die Prio-
155 ritäten bei der Integrationspolitik
156 falsch gesetzt wurden.